

Zum ersten: Kant sagt einmal in seiner Schrift „Über die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“, in dem er die Lehre vom künftigen nicht nur „juridischen“, sondern „ethischen Gemeinwesen“ entwickelt: „Kein Volk kann moralischer Gesetzgeber sein.“ Wer aber dann?

Unser säkularer Staat, das „Gemeinwesen“, die *res publica* aller in ihm lebenden Bürger, gleichviel ob Christen der einen oder anderen Konfession, ob Nichtchristen, ob Theisten oder Atheisten kann im Unterschied zu den Staatsverbänden voraufgegangener geschichtlicher Epochen nicht mehr in Dienst irgendeiner christlichen, auch nicht irgendeiner säkularen Weltanschauung stehen. Dieser Staat der religiösen Toleranz und demokratischen Emanzipation gründet moralisch auf dem, was wir mit einem Schlagwort aus der Begriffswelt der Rechtswissenschaft als das *ethische Minimum* bezeichnen könnten; auf dem also, was allen religiösen wie profanen Glaubens- oder Weltanschauungsüberzeugungen gemeinsam ist. Es ist jener für unsere auf der christlich-abendländischen Kulturentwicklung gründende Bestand an Grundüberzeugungen, in dem für den sich bekennenden Christen wie auch für alle Andersgläubigen und Ungläubigen „stellvertretende Gewissensurteile“ möglich sind.

Ausschließlich dieses Minimum an Moralität kann und darf der Staat als ein „juridisches Gemeinwesen“ durch für alle, ohne Rücksicht auf ihre Weltanschauung verbindliche und verpflichtende Gesetze garantieren. Außerhalb dieser von Staats wegen mittels des Rechts gesetzten und durchgesetzten Verhaltensgebote und -verbote bleibt der säkulare Staat und die pluralistische Gesellschaft für die verschiedenartigsten und mannigfaltigsten Sinnantworten

und Lebensentwürfe, darunter nicht zuletzt auch die der Kirchen in unserer Gesellschaft. Soll in einer Gesellschaft ein Maximum an Moralität gelegt werden, so kann dieses nur aus dem edlen Wettstreit dieser religiösen und profanen Sinnantworten und Lebensentwürfe hervorgehen, aus deren Fundus an christlichen und humanistischen Traditionen wir alle, wo wir nicht „Narren auf eigene Hand“ sind, mehr oder weniger bewußt oder unbewußt alltäglich schöpfen.

Als einer dieser Garanten der Moralität einer Gesellschaft hat die Kirche eine unverzichtbare Aufgabe auch und gerade in unserer säkularen und pluralen Gesellschaft. Kein Staat, keine staatliche Einrichtung kann ihr diese positive Funktion abnehmen. Denn kein Staat kann nach unserem Verständnis Moral von außen und von oben dekretieren. Sie kann nur, sie muß aus der Gesellschaft hervorwachsen.

Zum zweiten: Ein Staat kann Freiheit garantieren. Ein Staat kann mit einiger Entschlossenheit auch Gleichheit garantieren. Aber ein Staat kann niemals Solidarität organisieren, er kann allenfalls für ein Minimum an Solidarität von Staats wegen mittels des Rechts Sorge tragen, aber er kann niemals ein Optimum, geschweige denn ein Maximum an Solidarität in die Gesellschaft hineinzwingen. Brüderlichkeit kann so, wie unsere Welt nun einmal erschaffen ist, nie von außen und oben gestiftet werden. Brüderlichkeit, Mitmenschlichkeit, aktive Solidarität, praktische Diakonie oder welche Synonyme wir für die gleiche Sache sonst noch gebrauchen, sind und bleiben, so verstanden, die zweite wichtige Aufgabe für unsere Kirchen, soll in unserer säkularen und pluralen Gesellschaft ein Maximum an Solidarität erreicht werden.

Dokumentation

Kirchliche Forderungen im Vorfeld der Bundestagswahl

Erklärungen der Deutschen Bischofskonferenz und des ZdK

Im Mai wurden innerhalb von drei Tagen – ursprünglich war sogar derselbe Tag dafür vorgesehen – gleich zwei politische Erklärungen der höchsten Gremien der katholischen Kirche in der Bundesrepublik veröffentlicht. Kardinal Döpfner stellte am 20. Mai vor der Bundespressekonferenz (neben zwei Stellungnahmen zur Novellierung des § 218 StGB) eine Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz über „Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück“ vor. Am 22. Mai verabschiedete die Vollversammlung des ZdK nach längerer Diskussion eine „Politische Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Bundestagswahl 1976“. Während die Erklärung der Bischöfe allgemeiner, grundsätzlicher und zugleich zurückhaltender formuliert und sich primär an die Bevölkerung und nur indirekt an Par-

teien und Gesetzgeber wendet, spricht die Erklärung des ZdK die aktuellen politischen Fragen und entsprechend die politischen Parteien direkt an. (Wenn in bezug auf das Bischofsdokument durch manche Pressekommentare [vgl. z. B. SZ, 22. 5. 76] der gegenteilige Eindruck entstanden ist, so deshalb, weil die zur gleichen Zeit veröffentlichten und in manchen Passagen sehr viel schärferen Erklärungen zum § 218 mit dem Text der Grundwerte-Erklärung vermischt worden sind.) Beide Erklärungen verstehen sich aber eindeutig als Entscheidungshilfen am Wahltag. Obwohl in ihrer Erklärung keine Partei direkt angesprochen ist, unterstreichen die Bischöfe selbst, daß ihre Grundwerte-Erklärung auch im Blick auf die Bundestagswahl im Herbst zu lesen sei. Wir geben hier den Wortlaut der beiden Erklärungen wieder.

Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück

Ein Wort der deutschen Bischöfe zu Orientierungsfragen unserer

Gesellschaft

Mitarbeiter der Freude

Wer die Zukunft von Staat und Gesellschaft neu gestalten will, braucht tief gegründete Fundamente. Sie sind dem oberflächlichen Blick aufs erste ebensowenig erkennbar wie die Grundmauern eines Gebäudes. Aber sie entscheiden das Schicksal von Staat und Gesellschaft. Nur wenn sie zugrunde liegen, sind die Voraussetzungen gegeben, um sinnvolle Planungen für das Gemeinwohl zu verwirklichen.

Unser Volk und vor allem unsere Jugend sollen sich vor Augen halten, welche furchtbaren Folgen es hatte, daß der Nationalsozialismus sein sogenanntes Reich auf dem Sumpf schillernder Ideologien errichten wollte und die sittliche Grundordnung verachtet hat.

Wenn wir deutschen Bischöfe für die unabdingbaren Grundwerte eintreten, dann tun wir das gemäß der Grundorientierung unseres apostolischen Dienstes: Sie wird in der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils so formuliert: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“

Die Zuversicht des Glaubens und die Freude des in Jesus Christus begründeten Lebens können nicht mit irdischen Glückserwartungen gleichgesetzt werden. Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Welt haben ihre eigenen Ursachen und Gründe. Dennoch kann es der Kirche nicht gleichgültig sein, ob die Gesellschaft von Hoffnung oder Angst bestimmt wird, und es kann ihr nicht gleichgültig sein, wo die Gesellschaft ihr Glück sucht. Hoffnung und Freude des Glaubens sind Haltungen des ganzen Menschen und sollen so auch für die menschliche Zukunft in dieser Welt Mut und Zuversicht vermitteln. Wenn sich die Bischöfe zur Situation der Gesellschaft und zu einigen in ihr erkennbaren Tendenzen äußern, dann wollen sie der Gemeinschaft der Glaubenden „Mitarbeiter der Freude“ sein, wie Paulus an die Gemeinde von Korinth schreibt (2 Kor 1,24). Sie wollen mit den Gliedern der Kirche zusammen in einer zunehmend nach Sinn, Ziel und Zukunft fragenden Gesellschaft dem menschlichen Glück dienen.

Besinnung auf die Situation

Wer Mut für die Zukunft gewinnen will, muß die Realitäten der Gegenwart klar und nüchtern sehen. Diese Besinnung tut not, denn unsere Gesellschaft würde allein schon an einer neuen babylonischen Sprachverwirrung scheitern, wäre sie uneinig über die entscheidenden Grundbegriffe von menschlicher Person, Familie, Gesellschaft und Staat. Den Beitrag, den wir im folgenden zu leisten versuchen, veröffentlichen wir auch im Blick auf die Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres. Unsere Erklärung ist nicht von politischen Tagessthemen bestimmt. Sie will die Gläubigen ermutigen, gemeinsam mit allen Gliedern unseres Volkes das Haus der Zukunft zu bauen. Für dessen Ausgestaltung wird es viele auseinandergelungene Ansichten geben, über die wir mitein-

ander reden müssen. In der Frage der Fundamente aber muß es Übereinstimmung geben, soll nicht unser aller Zukunft auf Flugsand gebaut werden.

Am Beginn des letzten Viertels unseres Jahrhunderts sind viele ratlos, wie die Zukunft weiter gestaltet werden soll.

Wir haben erfahren, daß das *wirtschaftliche Wachstum* nicht unbegrenzt ist. Die *Bildungsreform* ist zum Teil an den differenzierten Erfordernissen und Chancen der Berufswelt vorbeigegangen und hat zuwenig den ganzen Menschen im Blick gehabt. *Arbeitsplätze* erweisen sich als unsicher. Jugendliche finden keine Arbeit. Neuartige *Gewaltverbrechen*, nicht selten mit politischem Hintergrund, gefährden die öffentliche Sicherheit. Politische Meinungen, die Zielsetzungen der verschiedenen Parteien und Gruppen zielen erheblich mehr als noch vor wenigen Jahren auf *Konfrontation*. Die Konflikte in vielen Teilen der Welt erscheinen unlösbar. Die Zahl der politischen *Krisenherde* wächst. Der *Hunger* in der Welt nimmt zu.

Viele technische Möglichkeiten sind auch in den letzten Jahren größer geworden. Für die in den Arbeitsprozeß Eingegliederten scheint in unserer Gesellschaft ein beachtlicher Wohlstand kaum gefährdet. Trotzdem sind mehr und mehr Menschen nicht glücklich – nicht nur wegen der politischen Entwicklungen, der Gewalttaten und des Hungers in anderen Erdteilen, sondern auch, weil sie sich sorgen um die eigene Zukunft und um die Zukunft unserer Gesellschaft. Wer sich nicht durch bloßen Freizeitkonsum betäuben läßt, fragt nach dem *Sinn des Ganzen*. Manche werden nachdenklich, ob das Leben der kommenden Generation nicht zu einer verzweifelten Glücklosigkeit verurteilt ist.

Wertgebundenes Grundgesetz und freiheitliche Ordnung

So unverzichtbar es ist, die ganze Welt beim Beurteilen der gegenwärtigen Situation und der künftigen Möglichkeiten einzubeziehen, so wenig können wir vor der nüchternen Erkenntnis und vor den verpflichtenden Aufgaben unserer Gesellschaft in eine Klage über weltweite Mißstände flüchten. Ständen wir nicht vor 30 Jahren vor einer Situation, die in vielem ungleich auswegloser schien als die gegenwärtige? Trotzdem bestand damals – inmitten der Zerstörung, angesichts des Hungers im eigenen Land und der aufzunehmenden Ströme von Heimatvertriebenen – mehr Mut zur Zukunft als heute. Viele sagen, sie seien damals glücklicher gewesen. Eines ist sicher: In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Befreiung von nationalsozialistischer Gewalt wußte unsere Gesellschaft deutlicher und übereinstimmender, was sie für die Zukunft wollte. Die Ordnung der Bundesrepublik Deutschland wurde auf klaren Wertvorstellungen aufgebaut, die im *Grundgesetz* ihren Niederschlag gefunden haben. Der Staat sollte sich an Werten orientieren, die für die Würde des Menschen als unverzichtbar erkannt wurden. Die Personrechte des Menschen sollten unverletzlich, die Freiheit des einzelnen, die soziale und rechtsstaatliche Ordnung sollten gewährleistet und jeder Manipulation durch parlamentarische Mehrheiten entzogen sein. So entstand unsere *freiheitlich-demo-*

kratische Verfassungsordnung, die sich insgesamt als tragfähiges und stabiles Fundament des gemeinsamen Lebens erwiesen hat.

Notwendige Reformen und bleibende Grundlagen

Jedes menschliche Werk ist an eine geschichtliche Situation und deren Voraussetzungen gebunden. Es bedarf daher der Erneuerung, der Fortentwicklung und der Anpassung an neue Erkenntnisse. Das gilt auch für unsere gesellschaftliche und staatliche Ordnung. Unsere Kirche hat im Zweiten Vatikanischen Konzil auf Weltebene und in der Gemeinsamen Synode unseres Landes ihre Bereitschaft zur eigenen Erneuerung bewiesen. Dabei hütete sie sich freilich davor, um im Bild zu sprechen, eine Kathedrale dadurch heller und geräumiger zu machen, daß sie deren tragende Pfeiler herausreißen ließ. Wer dies täte, würde nicht erneuern, sondern zerstören.

Wir Bischöfe wissen, daß sich neue Aufgaben stellen, die nicht schon durch die vorhandene Ordnung gelöst sind: Wir denken zum Beispiel an die *soziale Sicherung*, insbesondere der Familie, an die *Bildungspolitik*, an die Verwirklichung der *sozialen Marktwirtschaft* und der *Sozialgebundenheit des Eigentums*, an die Sorge um eine *menschenfreundliche Umwelt*, an die Entfaltung einer *europäischen Politik* und nicht zuletzt an die dringend erforderlichen Initiativen einer gerechteren *Welthandelspolitik*, um nur einige wichtige Aufgaben zu nennen. Der *geistige, technologische und sozio-ökonomische Wandel* im eigenen Land und die Entwicklung einer *Weltgesellschaft* und *Weltwirtschaft* veranlassen und zwingen zu steter Überprüfung und zu neuen Initiativen und Weiterentwicklungen. Das drückende Problem der *Dauerarbeitslosigkeit* verlangt nach umfassenden Überlegungen und schneller Hilfe.

Gerade weil wir in all diesen Bereichen neue gemeinsame Anstrengungen wollen und unterstützen, sind wir verpflichtet, an die Grundwerte unserer Ordnung zu erinnern und für diese einzustehen.

Unverzichtbare Werte

Welche Grundwerte sind für die Entfaltung der menschlichen Person in der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung unverzichtbar?

Würde und Freiheit der menschlichen Person sind schlechthin grundlegend. Sie können nur in der menschlichen Gemeinschaft verwirklicht werden. Die Isolierung des einzelnen und die Kollektivierung der menschlichen Gemeinschaft mögen für egoistische oder politische Zwecke nützlich sein. Letztlich zerstören beide die Chancen des menschlichen Glücks. Die Entfaltung der Person in der Gemeinschaft wird in der Familie grundgelegt und bewährt sich in der Gesellschaft. Sie ist nur auf dem Wege personaler und sozialer Wertverwirklichung möglich. Person und Gemeinschaft sind aufeinander verwiesen und können nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Das *Recht auf Freiheit* entspricht der Pflicht zur Verantwortung und ist an diese gebunden. Es ist unaufgebbare Aufgabe der Gemeinschaft, die Unantastbarkeit der menschlichen Person und ihre Freiheit zu wahren, zu schützen und ihre individuelle Entfaltung in menschlicher Gemeinschaft zu ermöglichen. Ebenso ist es Aufgabe des einzelnen, seinen Beitrag in und an der Gesellschaft zu leisten.

Dieses Grundwertgefüge war maßgebend für die Gestaltungsprinzipien unserer Gesellschaftsordnung. Das *Prinzip der Solidarität* bestimmt das Spannungsverhältnis des einzelnen zur Gemeinschaft: Die Verpflichtung des einzelnen zur Mitge-

staltung und zum Mittragen der Gemeinschaft und korrespondierend die Verpflichtung der Gemeinschaft zur Hilfe und Ermöglichung der Freiheit des einzelnen. Dabei verlangt der Grundsatz der *Gleichheit* eine Rücksichtnahme der Gemeinschaft auf die natürliche *Ungleichheit* der Menschen, was Begabungen und Fähigkeiten, Überzeugungen und Neigungen angeht. Die *soziale Gerechtigkeit* fordert, allen Menschen gleiche Chancen dafür zu gewährleisten, sich entfalten und Leistungen vollbringen zu können.

Das Zusammenwirken von Einzelperson und Gesellschaft muß bestimmt sein vom *Prinzip des Gemeinwohls*. Dieses Prinzip sichert das Ganze und die Personwürde der einzelnen vor egoistischen Einzel- und Gruppeninteressen. Das II. Vatikanische Konzil definiert das Gemeinwohl als „die Summe aller jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die den einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommnung voller und ungehinderter zu erreichen gestattet“ (Gaudium et spes, Nr. 34). Dabei ist freilich zu beachten, daß im Zeitalter weltweiter Verflechtung das Gemeinwohl, das man bisher auf den einzelnen Staat einzuschränken pflegte, „mehr und mehr einen weltweiten Umfang annimmt und deshalb auch Rechte und Pflichten in sich begreift, die die ganze Menschheit betreffen“ („Gaudium et spes“, Nr. 26).

Allerdings darf nicht übersehen werden, was häufig in den vergangenen Jahren übersehen worden ist: Was der einzelne aus eigener Initiative und mit eigener Kraft leisten kann, darf ihm nicht entzogen und der Gesellschaft oder dem Staat zugewiesen werden. Ebenso „verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten ... können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen ...“ (Pius XI. in „Quadragesimo Anno“). Damit ist das *Prinzip der Subsidiarität* gemeint, das gesellschaftliche Vielfalt und Freiheit gesellschaftlicher Gruppen ermöglicht und diese zugleich an die unabdingbaren Erfordernisse des Gemeinwohls bindet. Im Rahmen seiner Gemeinwohlverpflichtung muß der Rechtsstaat individuelle Freiheit und vielfältige Strukturen der Gesellschaft gewährleisten.

So sehr der Staat an Grundwerte gebunden ist, so wenig vermag er selbst letzte Werte hervorzubringen oder zu begründen. Zur Verwirklichung des Gemeinwohls ist er zugleich auf einen möglichst breiten Konsens der Gesellschaft in Grundwerten angewiesen. Dies begründet die Verpflichtung des Staates, religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften zu tolerieren, einen *Pluralismus* in den Wertbegründungen zu ermöglichen und die *Neutralität* gegenüber den verschiedenen wertbegründenden Institutionen und Gruppen zu wahren, soweit diese nicht die Personrechte anderer oder das Gemeinwohl verletzen.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat sich in seiner Erklärung über die *Religionsfreiheit* zu diesen Freiheitsrechten der menschlichen Person und der religiösen Gruppen bekannt. Freilich muß dabei beachtet werden, daß sie sich aus der personalen Freiheit der religiösen Überzeugung und des religiösen Bekenntnisses, aus dem personalen Charakter des Glaubens herleiten. Religionsfreiheit besagt nicht ein Zurückdrängen religiöser Wertbegründungen oder eine Gleichgültigkeit des Staates gegenüber den Grundwerten der Gesellschaft. Religionsfreiheit verpflichtet vielmehr den Staat zur Förderung der Wertbegründungen und des Wertkonsenses im Rahmen seiner Gemeinwohlverpflichtung.

Die Grundwerte werden angefochten

Nun zeigen sich gegenwärtig *Verschiebungen im Wert- und Normbewußtsein* unserer Gesellschaft. Viele Bürger stehen kritisch, wenn nicht ablehnend gegenüber verpflichtenden Ansprü-

chen des Sittengesetzes. Die personale Verantwortung des einzelnen wird oft mit subjektiver Beliebigkeit vertauscht. Es wird üblich, soziale Konflikte und soziales Fehlverhalten immer seltener dem einzelnen als Folge sittlich falschen Handelns anzulasten, sondern vielmehr allein als Folge einer ungerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur hinzustellen.

Die *Familie*, soziale Grundeinheit und unaufgebarer Ordnungsfaktor, wird in der Öffentlichkeit und Politik weitaus geringer eingeschätzt als früher. Ihre Rolle in der heutigen Gesellschaft wird vielfach geschwächt. Die vorherrschende Form der Kleinfamilie gilt nicht selten gar als ein Hindernis für die Emanzipation des einzelnen. Individualistische Verhaltensweise und die negative Einstellung zur Familie mit größerer Kinderzahl tragen ebenfalls dazu bei, die Institution Familie in Frage zu stellen. Von dort kommt auch die Meinung, die grundsätzlich gebotene Schutzfunktion des Staates für Ehe und Familie sei einschränkbar. Mit großer Sorge müssen wir feststellen, daß die Gesetzgebung, anstatt Ehe und Familie zu stärken und zu unterstützen, dazu beiträgt, sie zu schwächen und zu belasten.

Auch die Einstellung zu den *sozialen Diensten* hat sich besorgniserregend geändert. Während mehr Einrichtungen sozialer Dienste – etwa für alte Menschen, Behinderte, Suchtkranke, Straffällige, ausländische Arbeitnehmer, Obdachlose und Kinder – gefordert werden, schwindet gleichzeitig die Bereitschaft, sich persönlich zu engagieren. Damit droht aber die Gefahr, daß die persönliche Hilfe innerhalb der Familien und der Nachbarschaft immer mehr verkümmert. Es wird schwerer, Bereitschaft für den ehrenamtlichen Dienst im Rahmen der freien und behördlichen Sozialarbeit zu wecken, obwohl doch Einsamkeit, Sinnleere und Langeweile nicht selten gerade durch die Übernahme solcher Aufgaben besser überwunden werden könnten. Das Verhältnis des einzelnen zur Gemeinschaft droht aus der Balance zu geraten. Der Staat, aber auch die großen wirtschaftlichen und beruflichen Institutionen werden mit Aufgaben überfrachtet, die dem einzelnen, der Familie und den kleinen Gemeinschaften vorbehalten bleiben können und müssen. Damit droht nicht nur ein Zusammenbruch unseres Systems der sozialen Sicherung, sondern auch eine Einschränkung der persönlichen Entscheidungsfreiheit und des notwendigen privaten Raumes des einzelnen und der Familie.

Wir teilen die sorgenvolle Frage vieler Menschen, ob die Grundwerte unserer Gesellschaft in ausreichendem Maße die *Bildungsziele und -inhalte* in den Schulen und Bildungseinrichtungen bestimmen. Unverkennbar gibt es Tendenzen, eine bestimmte ideologisch geprägte Auffassung von Mensch und Gesellschaft in Richtlinien und Curricula zu verankern und Lehrern und Schülern nahezubringen.

Hier und da wird bereits das *Demokratieverständnis* überhaupt in Frage gestellt. Schon wird gefordert, alle Lebensäußerungen des Menschen Mehrheitsentscheidungen zu unterwerfen, schon wird behauptet, die Freiheitsrechte stünden nicht dem einzelnen, sondern zunächst dem Staat, aber auch Gruppen und Verbänden zu. Mehrheitsentscheidungen bedeuten dann, wenn sie die Grundrechte des Menschen mißachten, Zwang und Diktatur und damit das Ende der Freiheit.

Manche wollen durch *Klassenkampf* eine angeblich gerechtere Ordnung schaffen. Die bitteren Erfahrungen in Geschichte und Gegenwart sollten uns bewußt werden lassen, daß dadurch das Prinzip der Solidarität völlig mißachtet und außer Kraft gesetzt wird.

Es kann auch nicht verschwiegen werden, daß in unserer Gesellschaft immer mehr Menschen einsam und abgesondert sterben. Die Frage, wie eine Gesellschaft die menschliche *Grenzerfahrung des Todes* sieht, wie sie ihre Mitmenschen sterben läßt, richtet

sich nicht zuerst an den Staat oder an große Organisationen. Sie betrifft unmittelbar jeden einzelnen. Ihre Beantwortung gibt Aufschluß darüber, was die Gesellschaft letztlich vom menschlichen Leben hält. Christen müssen sich hier besonders herausgefordert fühlen.

Das unverfügbare *Recht auf Leben* ist in den letzten Jahren zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen geworden. Ungeachtet der Proteste unzähliger Verantwortlicher hat der Gesetzgeber geglaubt, über dieses Recht verfügen zu können. Sieht unsere Gesellschaft wirklich keinen Weg, Frauen, die durch Schwangerschaft in Bedrängnis geraten, wirksam zu helfen, damit sie das neue Leben annehmen? Glaubt sie, soziale Probleme durch Auslöschung menschlichen Lebens lösen zu können? Von der Beantwortung dieser Fragen kann weder die Gesellschaft noch der einzelne durch eine Gesetzesänderung dispensiert werden.

Die Unsicherheit im Wertbewußtsein äußert sich häufig auch in einer eigenartigen *Unklarheit der Begriffe*. Grundwertbezeichnungen wie Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit werden ideologisch besetzt und mit beliebigen Inhalten gefüllt. So gehörten etwa bisher zum politisch-rechtlichen Verständnis von Frieden die Gerechtigkeit, die Wahrung der Grundrechte des einzelnen und die Aufrechterhaltung einer verlässlichen staatlichen Ordnung. Diese wesentlichen Voraussetzungen von Frieden aber werden heute ausdrücklich oder stillschweigend ausgeklammert. Es wird hingenommen, wenn von immer mehr Wissenschaftlern und politischen Gruppen der Inhalt des Begriffes Frieden weitgehend auf die Abwesenheit von Konflikten eingeschränkt wird. Die Aufgabe des Staates erschöpft sich dann darin, bloß formale Regeln für die Konfliktbewältigung aufzustellen. Nach dem Sprachgebrauch des totalitären Marxismus wird gar „Friede“ einfach mit der Herrschaft des kommunistischen Gesellschaftssystems gleichgesetzt. Schon die geistige Auseinandersetzung mit diesem System gilt dann als Störung des Friedens.

Verbirgt sich nicht hinter dieser *Begriffsverwirrung* und hinter der Infragestellung der Grundwerte der Wahn von einer heilen Welt? Das eigene Verhalten oder aber Umfrageergebnisse über das Verhalten von Mehrheiten werden zur Norm erhoben, von der man Heil erwartet. Diese Tendenz zeigte sich beispielsweise in der öffentlichen Diskussion über die kürzlich erschienene Erklärung der römischen Glaubenskongregation zu Fragen der Sexualität.

Solche Auffassungen leugnen nicht nur die Verführbarkeit des Menschen, sondern auch die Wirklichkeit des Bösen und der Schuld in der menschlichen Geschichte. Sie stehen im Widerspruch zur unvoreingenommenen Welterfahrung, nicht nur zu unserem Glauben. Im Ergebnis verfehlen sie auch das menschliche Glück. Dies kann nämlich auf Dauer nicht mit einer Selbsttäuschung geschaffen werden, auch wenn diese auf Mehrheitsmeinungen beruht.

Das neue Fragen nach den Werten und dem Sinn

Trotz all dieser besorgniserregenden Tendenzen gibt es keinen Grund zur Resignation. Wohl müssen wir bekennen, daß auch unter uns Christen manche Unsicherheit in der Wertorientierung besteht. Wir erleben immer wieder die Schwierigkeit, daß in einer konkreten Lebenssituation ein für uns als richtig erkannter Wert mit neu erfahrenen und von der öffentlichen Meinung bejahten Werten konkurriert. Derartige Konflikte werden heute häufiger und intensiver erfahren als früher. Sie können nur aus einem wachen und verantwortungsbewußten Gewissen gelöst werden, das zur Unterscheidung der Geister fähig ist. Das führt zur bewußteren Entscheidung und damit zu einem intensiveren Vollzug der personalen Freiheit.

Es ist positiv zu werten, daß die Skepsis gegenüber gesellschaftspolitischen Zukunftsvisionen und weltimmanenten Heilslehren wächst. Immer mehr Menschen zweifeln daran, daß Glück und Zufriedenheit durch umfassende *Vergesellschaftung* menschlicher Bedürfnisse und perfektionistisch konzipierte gesellschaftliche und politische Strukturen erreichbar sind. Das Verlangen nach mehr persönlicher Bewegungs- und Handlungsfreiheit nimmt zu. Der personale Lebensraum und die Privatsphäre werden von vielen geradezu als „heilig“ erfahren. Deren Schutz vor den Ansprüchen der Organisationen und „Systeme“, die vor allem die Freizeit verkürzen, wird als notwendig empfunden. Dazu gehört auch das neu durchbrechende Verlangen nach familiären Bindungen und deren Bestätigung und Bekräftigung durch Eingliederung in einen größeren sozialen Zusammenhang. Bei jungen Menschen nimmt die Bereitschaft zu, für den in Not geratenen Mitmenschen dazusein und darin eine Sinnerfüllung zu sehen.

Immer mehr Menschen sind betroffen von der *sozialen Ungerechtigkeit* auf dieser Erde und versuchen zu einem gerechten Ausgleich beizutragen.

Mehr und mehr wird bewußt, daß der einzelne und das einzelne Volk nicht für sich leben können; daß keine Familie, keine Gruppe, keine Gesellschaft und kein Staat ohne die Bereitschaft ihrer Glieder zur Unterordnung privater Wünsche unter das *Gemeinwohl* existieren können.

Der Sinn für die Tugend von *Zucht und Maß* im Leben des einzelnen und der Gesellschaft wird neu erahnt, weil sie das Leben nicht verneint, sondern den Menschen verwirklicht und damit dem Leben hilft. Dies ist ein guter Ansatz, um zu erkennen, daß nicht nur das Gemeinwohl, sondern auch das Bild des Menschen durch das egoistische Haben- und Genießenwollen gefährdet werden.

Mut zur Zukunft

Schließlich ist unübersehbar, daß ein neues Interesse für Gott und für die Wege, ihn näher kennenzulernen, aufbricht. Die Motive dafür sind ebenso mannigfaltig wie die Ausdrucksformen. Sie können gewiß nicht ohne weiteres mit einem wachsenden Verständnis für den christlichen Glauben und die Kirche verwechselt werden. Aber unverkennbar wächst der Sinn für das *Transzendente*. Der Mensch sucht Sinnerfahrung und Sinnerfüllung. Viele Menschen wenden sich höheren Zielen zu, und sie sind dabei, ihr persönliches Leben danach neu zu gestalten. Sie geben sich mit der bloßen Planung und Verteilung von Produktionsmitteln oder Sozialeinkommen nicht zufrieden.

Die Gesellschaft steht vor der Chance, zu einem neuen *Wertkonsens* zu finden und darin das Fundament für die personale Selbstverwirklichung der einzelnen wie für die Verwirklichung des Ge-

meinwohls zu gewinnen. Deshalb fordern wir die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und in den Medien auf, die genannten hoffnungsvollen Entwicklungen ins allgemeine Bewußtsein zu bringen und sie nach Kräften zu stärken.

Was not tut, ist der Mut zur Zukunft, der Mut zu einer Gesellschaft, die dem Menschen und seinen in den Grundwerten geforderten Lebensbedingungen gerecht wird. Wir alle haben die Möglichkeit und die Pflicht, unsere Gesellschaft zu verbessern, indem wir sie immer menschenwürdiger gestalten. Eine Ordnung wie die unsere ist immer wieder neuen Gefahren ausgesetzt. Das erfordert unser aller Einsatz. Jeder kann und muß dazu beitragen, daß die Grundüberzeugungen und sittlichen Grundhaltungen lebendig bleiben. Das kann durch die aktive Mitarbeit in Parteien und Verbänden geschehen. Aber auch im privaten Bereich ist niemand aus der Verpflichtung entlassen, sein Menschsein immer mehr nach dem Willen des Schöpfers zu verwirklichen und dadurch seiner Aufgabe in dieser Welt gerecht zu werden.

Dabei muß dem Trugschluß widerstanden werden, die *Gebote Gottes* seien für den überlasteten Menschen von heute der Gipfel des Unzumutbaren. Es gibt „Menschheitsbeglückter“, die in der Beseitigung dieser Gebote den Durchbruch zum Paradies auf Erden sehen.

Wir sind der Überzeugung, daß der Not des Menschen niemals dadurch geholfen wird, daß Gottes Gebote übergangen werden. Diese Gebote sind zum Heil der Menschheit aufgerichtet. Wer sie auflöst, schafft Unheil.

Auch der gläubige Mensch erfährt, daß der Anspruch der Gebote ihn ständig fordert und nicht selten zu überfordern scheint. Er weiß aber, daß der Sieg Gottes und das Heil des Menschen im auferstandenen Jesus Christus ein für allemal besiegelt sind. *Christus ist die Zukunft*, die seine Hoffnung bestimmt. Der Christ weiß, daß ihm die Gebote von Gott nicht als sinnlose Last, sondern gleichsam als hilfreicher Kompaß gegeben sind. Es mag für eine Zeitlang bequemer sein, sich ohne Richtung treiben zu lassen. Für den aber, der sein Ziel erreichen und nicht an Klippen scheitern will, lohnt es sich, dem Kompaß zu folgen, auch wenn er gegen Sturm und Strömung kämpfen muß.

Die Verzweiflung, Verwirrung und Not vieler Mitmenschen rufen nach Barmherzigkeit, Verständnis und selbster Hilfe. Nicht die ängstliche Sorge um den eigenen Vorteil, sondern die im Vertrauen auf Gott gegründete Entschlossenheit ist das Gebot der Stunde. Für das Lebensrecht aller Menschen, für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten kennzeichnet das wahre Verständnis vom Menschen.

Wer den Mut zur Zukunft hat, muß bereit sein, für die Verwirklichung des Guten Schweres auf sich zu nehmen. Er wird von dem begleitet und gestärkt, der für uns alle das Kreuz getragen hat und auferstanden ist.

Erklärung des ZdK zur Bundestagswahl 1976

In wenigen Monaten werden die Bürger der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammensetzung des nächsten Deutschen Bundestages entscheiden. Seit fast drei Jahrzehnten leben wir in einer parlamentarischen Demokratie, die uns Freiheit und Frieden gebracht, die Beziehungen zu anderen Völkern wieder aufgebaut und vertieft und die Bedingungen für wachsenden Wohlstand in breiten Schichten unseres Volkes geschaffen hat. Dies

zu verwirklichen war zu keiner Zeit eine leichte Aufgabe. Heute sind manche Probleme in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur noch gewachsen. Wir haben die Grenzen politischer Machbarkeit deutlicher erkannt. In den letzten Jahren ist zunehmend ein unterschiedliches Verständnis vom Menschen, von der Gesellschaft und von unserem Staat sichtbar geworden. Ohne Übereinstimmung in den geistigen und politischen Grundlagen ist unser Zu-

sammenleben jedoch gefährdet. Daher kommt es ganz entscheidend darauf an, diese Übereinstimmung in den Grundlagen zu bewahren und zu festigen.

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl legt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken seine Vorstellungen über die künftige Entwicklung in wichtigen Bereichen der Gesellschaft und des Staates dar. Wir wollen damit unsere Überzeugungen in die öffentliche Diskussion einbringen, zur Unterscheidung verhelfen und die Solidarität für das Gemeinwohl stärken.

Freiheit ohne sittliche Grundlage zerstört sich selbst

Politische Freiheit kann nur Bestand haben und sich entfalten, wenn der Staat die Menschenrechte und die Grundwerte achtet, die ihm vorgegeben sind. Sie sind der Verfügungsmacht des Staates entzogen und gründen für uns letztlich in Gott. Ohne sie gibt es keine Achtung vor der Würde des Menschen und vor der Unantastbarkeit des Lebens. Als Christen sind wir uns bewußt, daß wir im täglichen Tun diese Rechte und Grundwerte immer wieder selbst stärken müssen.

Die Liberalität der Parteien erweist sich in der Bindung ihrer Programme und ihres politischen Handelns an die vorgegebenen Menschenrechte und Grundwerte. Die unverantwortliche Einschränkung des Rechtsschutzes für das ungeborene Leben steht damit nicht im Einklang. Das gleiche gilt für Gesetzesänderungen, die die Ehe der subjektiven Beliebigkeit preisgeben, zugleich aber die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in den Lebens- und Erziehungsbereich der Familie unvertretbar erweitern. Solche Maßnahmen benachteiligen vor allem Frauen und Kinder. Sie höhlen den verfassungsrechtlich gebotenen Schutz von Ehe und Familie aus. Wo in Parteibeschlüssen die Verdrängung von Religion und Kirchen aus der Öffentlichkeit proklamiert und wo unter dem Vorwand der weltanschaulichen Neutralität des Staates versucht wird, Grundwerte in ihrem Inhalt zu verändern, da wird Liberalität in ihr Gegenteil verkehrt.

Wir erwarten von den Parteien, daß sie einer solchen Politik eine klare Absage erteilen und sich aktiv darum bemühen, die Grundwertentscheidungen, die unserer Verfassungsordnung zugrunde liegen, zu stärken. Diese Erwartung richtet sich insbesondere an die Parteien und Politiker, die sich ausdrücklich dem christlichen Anspruch verpflichtet haben.

Wir lassen keinen Zweifel daran, daß wir bessere Gesetze zum Schutz des ungeborenen Lebens und zur Stärkung von Ehe und Familie fordern. Wir rufen die Bürger dieses Landes auf, gegen auflösende Tendenzen Widerstand zu leisten und sich darauf zu besinnen, daß Achtung vor der Menschenwürde und der Schutz des Lebens notwendige Voraussetzungen für die Erhaltung und Festigung der Freiheit für uns alle sind.

Ein freiheitlicher Staat muß Freiheit für einzelne und für gesellschaftliche Gruppen sichern

Nicht alle öffentlichen Aufgaben sind Staatsaufgaben. Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sind auch auf die Initiative einzelner und freier Gruppen unserer Gesellschaft angewiesen. Freie gesellschaftliche Kräfte dürfen daher nicht durch den Staat ersetzt werden, vielmehr verdienen sie staatliche Förderung. Für diesen Grundsatz freiheitlicher Demokratie überzeugend einzutreten, fordern wir von den Parteien.

Unserem Verständnis von Staat und Gesellschaft und von der Rolle politischer Parteien widerspricht es, wenn Parteien sich selbst eine umfassende Vertretung unserer Gesellschaft anmaßen.

Diese Tendenz hat beispielsweise im Bereich öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten ein bedenkliches Ausmaß erreicht. Sie wird auch in der Presse spürbar. Das Verhalten der Parteien in dieser Frage ist ein Prüfstein für ihr Verständnis von Freiheit und Pluralität in unserer Gesellschaft.

Freiheit muß immer neu errungen werden

Freiheitliche Demokratie muß dynamisch sein. Nicht Stillstand ist ihr Kennzeichen, sondern Bereitschaft zur Weiterentwicklung. Ihr Ziel muß sein, dem Menschen zu dienen, Machtmißbrauch zu verhindern und den Frieden in der Gesellschaft zu wahren. Das ist eine Herausforderung für uns alle und macht große Anstrengungen notwendig. Es geht darum, Freiheit zu mehren und sie nicht zu zerstören, weder durch Mißbrauch noch durch Gewalt, noch durch ideologische Verfälschung.

Unser freiheitlich-demokratischer Staat wird heute nicht selten als Feind des Menschen in dieser Gesellschaft verdächtigt, und seine Institutionen werden oft pauschal undemokratischen Verhaltens bezichtigt. Von Recht und Ordnung heißt es, daß sie Merkmale eines Systems seien, das überwunden werden müsse. Hier zeigen sich Tendenzen gegen Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, die letztlich nur zu einer totalitären Gesellschaftsveränderung führen können.

Wir rufen alle Bürger auf, diesen Tendenzen in aktiver geistiger und politischer Auseinandersetzung entgegenzuwirken. Von den demokratischen Parteien fordern wir, daß sie sich mit ganzer Kraft an dieser Auseinandersetzung beteiligen und keine Zweifel an ihrer Bereitschaft zur Abwehr verfassungsfeindlicher Aktionen aufkommen lassen. Dazu gehört auch der Einsatz für die Stärkung unserer Sicherheit nach innen und nach außen und für die Festigung der Verteidigungsbündnisse, denen wir angehören.

Freiheit für alle Deutschen bleibt das Ziel

Es geht nicht nur um die Erhaltung der Freiheit für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind der ganzen Nation gegenüber verpflichtet, die Macht der Freiheit zu stärken.

Darum rufen wir alle Mitbürger auf, sich bewußt zu sein, daß sie auch für die Menschen in unserem gespaltenen Lande verantwortlich sind, denen die Mitwirkung am staatlichen Leben versagt ist. In dieser Verantwortung darf die deutsche Politik nicht in dem Bemühen nachlassen, den Freiheitsraum für alle Deutschen zu erweitern.

Der Sozialstaat braucht Solidarität und Maß

Die Bundesrepublik Deutschland steht zur Zeit in einer Bewährungsprobe als Sozialstaat. Unsere Wirtschaft und die Finanzpolitik sind überfordert worden. Die Grenzen finanzieller Belastbarkeit von Staat und Wirtschaft müssen beachtet werden. Einschränkungen sind notwendig. Sie dürfen aber nicht zu einer Gefährdung sozialer Sicherung und zu einer sozialen Demontage bei denen führen, die wirklich der Hilfe bedürfen. Nur wenn es heute gelingt, die Inflation der Ansprüche zu überwinden und das Notwendige zu sichern, kann der Sozialstaat weiterentwickelt werden.

Unser Land gehört zu den wohlhabendsten und sozialrechtlich fortschrittlichsten Ländern der Erde. Um so bedenklicher ist es, daß immer mehr Mitbürger auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil ihr Einkommen unter diesem Minimum liegt. Das trifft nicht nur für alte Menschen und Randgruppen zu, sondern in zunehmender

dem Maße auch für Durchschnittsverdiener mit mehreren Kindern. Wir fordern daher die Parteien auf, dafür zu sorgen, daß die hier sichtbar werdende Fehlentwicklung korrigiert wird.

Mehr Gerechtigkeit für unsere Familien

Die Familie darf als Institution nicht abgewertet, ihr Erziehungsrecht nicht gemindert werden. Die Erziehung der Kinder ist Pflicht und natürliches Recht der Eltern. Der Staat muß die Familie bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen und ihr auch in diesem Bereich seinen besonderen Schutz gewähren.

Die Familie mit Kindern ist heute wirtschaftlich und sozial besonders benachteiligt. Das Kindergeld als Ausgleich für die Lasten, welche die Familie für die Allgemeinheit trägt, ist durch die steigenden Lebenshaltungskosten real immer mehr entwertet worden. Mütter, die ihrer Kinder wegen auf Erwerbstätigkeit und auf den Aufbau einer eigenen sozialen Sicherung verzichten, erfahren kaum öffentliche Anerkennung und keinen Ausgleich für ihre Leistungen. Wir erwarten vom künftigen Parlament, daß es die Familienleistungen anpaßt und die zusätzliche Gewährung eines Erziehungsgeldes beschließt.

Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes erfordert es, daß die bevölkerungspolitische Situation nicht mehr mit Schweigen übergangen wird. Die Bundesrepublik Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in der Welt. Diese sichert nicht einmal mehr den Bestand unseres Volkes. Die Gesellschaft darf diesem Problem nicht weiter ausweichen, wenn sie nicht ihr Fundament und das System der sozialen Sicherung gefährden will. Wir appellieren an die Parteien und an das Parlament, sich diesem Problem zu stellen. Wir fordern von ihnen, daß sie in Wort und Tat mithelfen, in unserer Gesellschaft ein familienfreundliches Klima zu schaffen, in dem Kinder nicht länger als Belastung angesehen werden.

Chancen für junge Menschen

Die Bildungsreformen der vergangenen Jahre haben vielfach zu einem erschreckenden erzieherischen Defizit geführt. Leistungsdruck, Entpersönlichung und Resignation kennzeichnen die Situation. Das belastet eine wachsende Zahl von jungen Menschen immer mehr. Statt der proklamierten Vermehrung der Chancen ist eine gefährliche Verringerung festzustellen.

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, jungen Menschen wieder realistische Chancen zu eröffnen und insbesondere alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Schicksal der Arbeitslosigkeit von der jungen Generation abzuwenden. Dazu gehört auch, daß die Schule besser auf die Verantwortung des demokratischen Staatsbürgers und auf das Berufsleben vorbereitet und dies an den Entfaltungsmöglichkeiten jedes Menschen orientiert. Bildungssystem und Beschäftigungssystem müssen besser aufeinander bezogen werden.

Bildung und Erziehung der Jugend sind Lebensfragen für unser Volk. Wie auf kaum einem anderen Gebiet sind hier finanzielle und inhaltliche Anstrengungen Investitionen für die Zukunft. Wir erwarten daher politische Maßnahmen, die erkennen lassen, daß nicht ideologische Gesichtspunkte vorherrschen, sondern die Befähigung des Menschen zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung den wichtigsten Platz in der Bildungspolitik einnimmt.

Ohne soziale Marktwirtschaft keine gerechten und menschenwürdigen Verhältnisse

Die Aufgaben der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik sowie der inneren und äußeren Sicherheit sind nur zu erfüllen, wenn

die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft gestärkt wird. Dies ist zugleich eine Voraussetzung dafür, daß die noch immer hohe Arbeitslosenquote abgebaut und das System unserer sozialen Sicherung langfristig stabilisiert werden kann. Wirtschaftliche Leistungskraft beruht ganz entscheidend auf dem Leistungswillen der einzelnen und der Gruppen. Ihn gilt es zu erhalten und zu stärken.

Wir erwarten von den Parteien, daß sie entschieden für eine Wirtschaftsordnung eintreten, die von Freiheit und sozialer Verantwortung bestimmt ist und die somit zu Recht soziale Marktwirtschaft genannt werden kann. Menschenwürdige und gerechte Verhältnisse sind erfahrungsgemäß durch die Festigung und Weiterentwicklung dieser sozialen Marktwirtschaft zu erreichen und nicht durch solche Eingriffe in die Wirtschaft, die zur sozialistischen Planwirtschaft führen. Die soziale Marktwirtschaft ist auch eine entscheidende Voraussetzung für die Erfüllung unserer solidarischen Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern.

Eine freiheitliche Gesellschaft muß sich durch Solidarität auszeichnen

Die Humanität einer freiheitlichen Gesellschaft erweist sich in ihrer Solidarität mit Schwachen, Behinderten und Minderheiten. Gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist diese gegenseitige Verbundenheit und Verantwortlichkeit besonders geboten. Sie muß auch die ausländischen Mitbürger einschließen, die in der Zeit wirtschaftlicher Erfolge durch ihre Leistung unseren Wohlstand mitgeschaffen haben.

Solidarisches Verhalten verlangt auch die Erhaltung und Gestaltung unserer Umwelt. Ein Land, das vom wissenschaftlich-technologischen Fortschritt lebt und auf diesem Gebiet immer neue Anstrengungen unternehmen muß, muß zugleich mit besonderer Energie den Lebensraum der Natur und des Menschen schützen. Dies ist eine Aufgabe für jeden einzelnen. Von den Politikern erwarten wir, daß sie keine vorschnellen Entscheidungen treffen. Technologischer Fortschritt muß dort seine Grenzen haben, wo irreparable Folgen für lebende oder kommende Generationen nicht sicher ausgeschlossen werden können.

Internationale Politik muß der Verständigung der Völker und der Verwirklichung der Menschenrechte dienen

Das Vertrauen, das die Bundesrepublik Deutschland in der Welt errungen hat, muß erhalten und vertieft werden. Internationale Partnerschaft der Staaten ohne Verständigung und Freundschaft zwischen den Völkern bleibt Stückwerk.

Im freien Europa konnten sich freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern ungehindert entwickeln. Sie müssen gefestigt und vertieft werden. Dazu soll der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft helfen. Sie muß jetzt Sache der beteiligten Völker werden. Dabei kommt den gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch den Kirchen, eine erhöhte Verantwortung zu. Die politische, wirtschaftliche und militärische Situation in der Welt verlangt ein starkes, in Freiheit vereinigt Europa. Wir fordern von den Parteien, daß sie mit aller Energie zur Verwirklichung dieses Zieles beitragen.

Industrieländer und Entwicklungsländer sind in steigendem Maße aufeinander angewiesen. Wenn der Weltfrieden erhalten bleiben und gerechte Verhältnisse erreicht werden sollen, müssen sich die freien Staaten der Erde solidarisch mit den Ländern der Dritten Welt verbinden. Das Bewußtsein dafür ist in den vergangenen Jahren gewachsen. Die Bundesrepublik Deutschland muß

aktiv daran mitarbeiten, die wirtschaftlichen Beziehungen auf weltweiter Ebene so zu ordnen, daß sich die Kluft zwischen hochindustrialisierten Ländern und Entwicklungsländern verringert. Wir erwarten vom künftigen Parlament, daß es einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung des schon lange akzeptierten Zieles, 0,7% des Bruttosozialproduktes als staatliche Entwicklungshilfe einzusetzen, erstellt. Die Politiker sind verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß dies nicht möglich sein wird, wenn weiterhin die Verteilungskämpfe um das Sozialprodukt in unserem Land ohne Rücksicht auf die Dritte Welt geführt werden.

In der heutigen Weltsituation muß internationale Politik auch immer Politik zur Durchsetzung und Sicherung der Menschenrechte sein. Wir fordern von den Parteien, daß sie ihre außenpolitischen Vorstellungen noch deutlicher an dieser Zielsetzung orientieren, sich einer weiteren Beeinträchtigung der Menschenrechte entgegenstemmen und für eine entsprechende Weiterentwicklung des Völkerrechts eintreten.

Der Einsatz für die Menschen in Osteuropa muß verstärkt werden

Ohne tatsächliche Anerkennung der Menschenrechte und Gewährung der Grundfreiheiten in den kommunistisch regierten Ländern Osteuropas wird eine wirkliche Verständigung und Freundschaft sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Dennoch ermutigen wir die Politiker, diese Verständigung zu suchen und sie bei Wahrung der deutschen Interessen politisch zu verwirklichen. Dabei werden alle Bemühungen um gerechten Ausgleich und Freundschaft mit dem polnischen Volk besonderen Rang haben müssen.

Wir erwarten von der künftigen Bundesregierung, daß sie in jeder geeigneten Weise darauf drängt, daß die in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beschlossenen Verbesserungen für menschliche Kontakte, für Freizügigkeit und Austausch von Informationen auch wirklich gewährt werden. Wir

werden nicht nachlassen, immer wieder das Recht auf freie Religionsausübung für die Menschen in den kommunistisch regierten Staaten zu fordern und die Verständigungsbereitschaft dieser Staaten an der Gewährung dieses grundlegenden Rechts zu messen.

Unsere besondere Solidarität brauchen die Deutschen, die in den Ländern Osteuropas leben. Wir fordern für sie die Anerkennung ihrer Rechte als kultureller Minderheit und die Möglichkeit, jederzeit unbehindert in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu können, wenn sie dies wünschen. Dies gilt besonders für die Zusammenführung getrennter Familien. Von den Politikern erwarten wir, daß sie sich mit aller Kraft für die Verwirklichung dieser Forderungen einsetzen und alle Vorkehrungen treffen, damit Deutsche, die aus osteuropäischen Ländern zu uns kommen, hier eine neue Existenz und Heimat finden können.

Die deutsche Politik steht vor Aufgaben, die von allen demokratischen Parteien außerordentliche Anstrengungen verlangen. Wenn unsere Freiheit Bestand haben soll, muß vor allem die Übereinstimmung in den ethischen Grundlagen unserer gemeinsamen Ordnung gestärkt werden. Wo Demokratie sich entfalten soll, muß Raum für freie Kräfte der Gesellschaft sein, die neue Ideen einbringen und öffentliche Aufgaben verantwortlich mittragen. Unabdingbar ist die Solidarität aller Demokraten bei der Bewältigung der neuen Probleme in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Je überzeugender sie sich darstellt, desto größer wird das Vertrauen in unsere Ordnung sein. Freiheit und Solidarität bilden auch den Maßstab für die internationale Politik unseres Landes. So werden tragfähige Grundlagen für eine Politik des Friedens geschaffen.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken bittet alle Bürger, insbesondere die Parteien und ihre Kandidaten, sich mit seinen Vorstellungen auseinanderzusetzen. Wir appellieren an alle Katholiken, die Forderungen dieser Erklärung zu unterstützen und die Wahlaussagen der Parteien an ihnen zu prüfen. Wir rufen alle Wähler auf, ihre Wahlentscheidung in Verantwortung für die Zukunft unseres Landes zu treffen.

Gestalten im Zeitgeschehen

Denken und Sein

Gedanken zu Martin Heideggers Werk und Wirkung

Martin Heidegger ist am 26. Mai 1976 gestorben. Bei der stillen Beerdigung auf dem Friedhof seiner Heimatstadt Meßkirch wurden auf seinen Wunsch die Gebete der Kirche gesprochen. Sein Tod hat wieder neu auf ihn aufmerksam gemacht. Jean Lacroix hat ihn in „Le Monde“ (28. 5. 76) den größten Philosophen unserer Zeit genannt. In der „FAZ“ konnte man von Jürgen Busche am selben 28. 5. 1976 lesen, er sei der Denker des Jahrhunderts. Jean-Michel Palmier fragte in „Le Monde“ am Schlusse seines Beitrages, ob er nicht vielleicht der letzte große Phi-

losoph gewesen sei. Der Freiburger Religionsphilosoph Bernhard Welte, wie Heidegger aus Meßkirch stammend und mit dessen Denken engstens vertraut, skizziert hier die Grundlinien der Heideggerschen Philosophie in ihrer Genese und in ihrer Wirkung, und dies besonders im Blick auf Heideggers Bedeutung für Theologie, Kirche und Christentum.

Als im Jahr 1927 sein berühmtes Werk „*Sein und Zeit*“ erschien, machte es Martin Heidegger auf einen Schlag be-